

*Liebe Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

mir wird ab und zu vorgeworfen, daß ich mich viel zu sehr mit Tagespolitik beschäftige und die *Beiträge zur politischen Neuordnung* dabei zu kurz geraten. Ich bestreite das: der *Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK* erscheint neunmal im Jahr und ich gehe sehr wohl auf die von mir als notwendig erachtete politische und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands und Europas ein. Das "Erziehungsideal" der wirtschaftlichen und politischen Oligarchien ist es, dem Bürger zu vermitteln, sie, die Herrschenden, täten alles zum Wohle des Bürger, ja, der Bürger hätte sogar einen Anspruch auf die "Wohltaten" ("so lange der Vorrat reicht"). Daß diese "Erziehung" fast immer auf eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Ausbeutung und Abhängigkeit hinausläuft, wird natürlich nicht gesagt. Die Oligarchien wollen keine Selbstbestimmung, geschweige denn Selbstverwirklichung des Bürgers. Sie wollen den Bürger beherrschen.

Eine **Neuordnung des politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Gemeinwesens** muß basisdemokratisch in den *Politischen Nachbarschaften* erfolgen, sonst wird sie nicht stattfinden. Die *Politischen Nachbarschaften* sind überschaubare Gesprächs- Diskussions- und Entscheidungsorte, in denen das Für und das Wider politischer Auffassungen Augen in Augen öffentlich gemacht werden soll.

Ich drucke in dieser Ausgabe die Rede das russischen Präsidenten Putin auf der *Münchener Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik* am 10. Februar 2007 ab. Ich will Sie ermutigen, sich in Ihrer *Politischen Nachbarschaft* mit der Notwendigkeit auseinanderzusetzen, Rußland als Partner zu sehen und nicht als einen "unheimlichen Feind" in einem "unbekannten" Osten.

Marina Achenbach, eine geschätzte FREITAG-Autorin, benutzte in ihrem Bericht über die Sicherheitskonferenz in München in der FREITAG-Ausgabe vom 16. Februar 2007 unter der Überschrift *An diesem Ort schwören sie sich ein* die Worte ... *Putin ... hatte .... die Amerikaner und ihre Verbündeten mit seiner scharfen Rede erstarren lassen. Lesen Sie seine Rede selbst und "erstarren" Sie.* Er hat als Repräsentant eines unabhängigen und souveränen Staates eine Rede gehalten und dabei der Regierung der USA und der faschistischen System einen Spiegel vorgehalten. Da wir es in unseren Medien gewöhnt sind, eher

eine Verbeugung vor unserem us-amerikanischen Meister zu machen, *erstarren* wir natürlich, wenn es jemand wagt, seine Kritik zu formulieren.

Auf der Seite 4 dokumentiere ich in dem Rahmen den Ausschnitt eines Berichtes über eine Gegendemonstration und eine Äußerung des Veranstalters der Sicherheitskonferenz, Horst Teltschik. Diese Äußerung gibt sehr genau wieder, was die Leute, die von unseren Steuergeldern bezahlt werden und die politische Verantwortung (nicht!?) tragen, über uns, das Volk denken.

Bleiben wir bei Putin. Seine Kritik an dem Verstoß Europas und der USA gegen die diversen Abrüstungsabkommen (bzw. deren Nicht-Ratifizierung) ist berechtigt. Die Installation von Raketenstellungen in der Jetztzeit an der Westgrenze ist nicht nur eine Provokation. Sie dient einem Krieg, der von den USA, im Schlepptau befindet sich das (Merkel-) Europa, vorbereitet wird. Es glaubt doch kein Mensch, daß die Politik der totalen Welt Herrschaft durch die USA, mit dem Amtsende von Bush der Geschichte angehört. Große Teile der us-amerikanischen Gesellschaft trägt nachwievordiese Politik.

Es geht um die Rohstoffe in Rußland.

Auch der Tod des russischen Ex-Spions Litwinenko ist Teil einer Anti-Rußland-Kampagne des angloamerikanischen Bündnisses. Wir haben die radioaktive Vergiftung dieses Menschen und seinen Tod schon längst vergessen. Aus den Augen, aus dem Sinn. Es wird in Europa gesagt, daß die Strategien der britischen Geheimdienste sich seit dem Fall des Eisernen Vorhanges nicht geändert haben. Zielrichtung der aggressiven Spionage ist immer noch Rußland. Großbritannien ist seit geraumer Zeit das Fluchland russischer Spione, die, aus welchen Gründen auch immer, ausgerechnet dort "aussteigen" wollen. Litwinenko gehörte dazu. Die britische und die us-amerikanische Regierung haben das Bubenstück der atomaren Vergiftung inszeniert, um Herrn Putin und seine Regierung in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken. Die Geschichte drohte sich dann zu verselbständigen, d.h. die Briten und Amis hatten den Ablauf der angeblichen amtlichen Untersuchungen nicht mehr unter Kontrolle. Also Anweisung an die Medien: Kampagne abbrechen.

Mal abgesehen davon, daß Putins Kommunikation mit der Öffentlichkeit nicht gerade optimal war und ist, steckt hinter der Hetze, Putin (Rußland) sei in Sachen Energie-lieferung kein zuverlässiger Partner, die

gleiche Absicht einer kriegstreibenden Verleumdung. Sein Vorgänger Jelzin hatte die Rohstoffe Rußlands weitgehend westlichen Konzernen überlassen. Das Auftreten so genannter russischer Oligarchen, die weitgehend mit kriminellen Methoden die Schürfrechte erworben hatten, waren nur ein organisatorischer Zwischenschritt. Putin hat diese Fehlentwicklung weitgehend rückgängig gemacht und sich damit den Zorn der westlichen "Investoren" ("Heuschrecken") zugezogen. Ein Grund mehr, Putin und seine Regierung zu bekämpfen. Um keinen falschen Eindruck zu hinterlassen: Europa (Deutschland) muß die gleiche politische Wachsamkeit sowohl gegenüber Rußland wie auch gegenüber den USA aufbringen. Wir haben aber einen guten Grund, die Wachsamkeit gegenüber Rußland wohlwollender zu gestalten, denn dieses Land ist für Europa/Deutschland der natürlichste Partner.

Zurück zu Putins Rede: Sicher muß Putin auch "vor der eigenen Tür" kehren. Man muß ihm das auch deutlich sagen. Auch über die Atomkraftwerke muß mit ihm ein deutliches Wort gesprochen werden.

Während in den Medien wieder vom Krieg gegen den Iran geschrieben und gesprochen wird und der Guerillakrieg im Irak eskaliert, will die Bundesregierung "ohne wenn und aber" die TORNADO-Kampfflugzeuge nach Afghanistan schicken. Gleichzeitig wird in den Medien wiedergegeben, daß Dreiviertel der deutschen Wähler gegen die Entsendung der Flugzeuge sind.

In den USA haben Ende vorigen Jahres Wahlen stattgefunden. Dreiviertel der Wähler haben sich in Umfragen gegen den Irak-Krieg und die Truppenverstärkungen ausgesprochen. Das Gleiche gilt für das militärische Engagement in Afghanistan. Die Kriegsgegner haben eine knappe Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus gewonnen.

Es ist deutlich sichtbar, daß sich Bush und Merkel über sehr deutlich artikulierte Mehrheiten hinwegsetzen. Von einer demokratischen Grundhaltung ist bei beiden Politikern nichts, aber auch gar nichts zu spüren, auch nicht bei ihren Hintermännern und -frauen. Die nächste Ausgabe erscheint Mai 2007

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)  
abgeschlossen am 16. März 2007



Wir beobachten aber heute, im Gegenteil, daß Länder, in denen die Anwendung der Todesstrafe sogar gegenüber Mördern und anderen gefährlichen Verbrechern verboten ist, ungeachtet dessen an militärischen Aktionen teilnehmen, die schwerlich als legitim zu bezeichnen sind. Doch bei diesen Konflikten sterben Menschen - Hunderte, Tausende friedlicher Menschen!

Gleichzeitig stellt sich die Frage: Sollen wir etwa untätig und willenlos auf die verschiedenen inneren Konflikte in einzelnen Ländern starren, auf das Treiben autoritärer Regimes, von Tyrannen, auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen? Genau hierin lag das Wesen der Frage, die der Bundeskanzlerin von unserem verehrten Kollegen Lieberman gestellt wurde. Das ist tatsächlich eine ernsthafte Frage! Können wir unbeteiligt zusehen, was passiert? Natürlich nicht.

Aber haben wir die Mittel, um diesen Bedrohungen zu widerstehen? Natürlich haben wir sie. Wir brauchen uns nur an die jüngste Geschichte zu erinnern. Haben wir nicht in unserem Land einen friedlichen Übergang zur Demokratie vollzogen? Es hat doch eine friedliche Transformation des sowjetischen Regimes stattgefunden. Und was für eines Regimes! Mit welcher Menge an Waffen, darunter Kernwaffen! Warum muß man jetzt, bei jedem beliebigen Vorkommnis, bombardieren und schießen. Es kann doch nicht sein, daß es uns bei einem Verzicht auf die Androhung gegenseitiger Vernichtung an politischer Kultur und Achtung vor den Werten der Demokratie und des Rechts fehlt.

Ich bin überzeugt, daß der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UN-Charta sein darf. In diesem Zusammenhang habe ich auch nicht verstanden, was kürzlich der Verteidigungsminister Italiens gesagt hat, oder er hat sich unklar ausgedrückt. Ich habe jedenfalls verstanden, daß die Anwendung von Gewalt nur dann als legitim gilt, wenn sie auf der Grundlage einer Entscheidung der NATO, der EU oder der UNO basiert. Wenn er das tatsächlich meint, dann haben wir verschiedene Standpunkte. Oder ich habe mich verhört. Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen. Und wenn die UNO wirklich die Kräfte der internationalen Gemeinschaft vereint, die tatsächlich auf Ereignisse in einzelnen Staaten reagieren können, wenn wir uns von der Nichtbeachtung internationalen Rechts abkehren, dann kann sich die Situation ändern. Im anderen Fall gerät die Situation nur in eine Sackgasse und es häufen sich die schweren Fehler. Zugleich muß man erreichen, daß das Völkerrecht universalen Charakter erhält, sowohl im Verständnis, wie

auch in der Anwendung der Normen. Man darf nicht vergessen, daß demokratische Handlungen in der Politik unbedingt eine Diskussion und sorgfältige Ausarbeitung von Entscheidungen voraussetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die potenzielle Gefahr einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen ist auch mit einem Abrüstungs-Stau verbunden. Rußland tritt für die Wiederaufnahme des Dialogs zu dieser wichtigen Frage ein.

Es ist wichtig, die Beständigkeit der völkerrechtlichen Basis für die Abrüstung zu sichern, gleichzeitig auch die Fortführung des Prozesses der Reduzierung der Kernwaffen zu gewährleisten.

Wir haben mit den USA den Abbau unserer strategischen Kernwaffenpotenziale auf 1700 - 2200 Sprengköpfe bis Ende 2012 vereinbart.

## Globalisierung ganz total

Nicht das "Du", nicht das "Wir" bestimmt heut die Zeit, nicht das Recht des Schwachen bringt Einigkeit, nicht Gott, nicht die Staatsmacht regiert unsere Welt, Wo ist der Kitt, der alles zusammenhält? Das Geld, das Geldkapital regiert heute global. Seine Herrschaft ist ohne Rücksicht, blind und total.

Das Recht auf Arbeit war ein Traum, der Kirchen Liebe nur noch Schaum, den Wachstumswahn hier niemand hemmt, die Rechte der Enkel keiner kennt. Na und, was juckt uns die Moral, Globalisierung ganz total.

Ulrich Schaeffer, Februar 2007

Rußland beabsichtigt, die übernommenen Verpflichtungen streng einzuhalten. Wir hoffen, daß unsere Partner genauso transparent handeln und nicht für einen "schwarzen Tag" ein paar hundert Sprengköpfe zurücklegen. Und wenn uns heute der neue Verteidigungsminister der USA erklärt, daß die Vereinigten Staaten diese überzähligen Sprengköpfe nicht in Lagern, nicht unter dem Kopfkissen und auch nicht unter der Bettdecke verstecken, dann schlage ich vor, daß sich alle erheben und stehend applaudieren. Das wäre eine sehr wichtige Erklärung.

Rußland hält sich weiterhin streng, wie auch bisher, an die Verträge über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die vielseitigen Kontrollregimes für Raketentechnologie. Die in diesen Dokumenten festgehaltenen Prinzipien tragen universalen Charakter.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß die UdSSR und die USA in den 80er Jahren einen Vertrag über die Liqui-

dierung einer ganzen Klasse von Raketen geringer und mittlerer Reichweite unterzeichnet haben, aber einen universellen Charakter hat dieses Dokument nicht erhalten.

Heute haben schon eine Reihe Staaten solche Raketen: Die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Republik Korea, Indien, Iran, Pakistan, Israel. Viele andere Staaten der Welt projektieren solche Systeme und planen, sie mit Waffen zu bestücken. Nur die USA und Rußland haben sich verpflichtet, keine solchen Waffensysteme zu bauen.

Klar, daß wir unter solchen Bedingungen über die Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit nachdenken müssen.

In Verbindung damit dürfen wir keine neuen destabilisierenden hochtechnologischen Waffenarten zulassen. Nicht zu reden von Maßnahmen zur Erschließung neuer Sphären der

Konfrontation, vor allem im Kosmos. "Star Wars" sind bekanntermaßen längst keine Utopie mehr, sondern Realität. Schon Mitte der 80er Jahre (des vergangenen Jahrhunderts) haben unsere amerikanischen Partner in der Praxis einen ihrer eigenen Satelliten gekapert.

Die Militarisierung des Weltraums kann, nach Auffassung Rußlands, für die Weltgemeinschaft unvorhersehbare Folgen provozieren - nicht weniger als zu Beginn der Kernwaffenära. Wir haben nicht nur einmal Initiativen vorgelegt, die auf den Verzicht auf Waffen im Kosmos gerichtet waren.

Ich möchte Sie heute darüber informieren, daß wir einen Vertragsentwurf über die Vermeidung einer Stationierung von Waffen im Weltraum vorbereitet haben. In der nächsten Zeit wird er allen Partnern als offizieller Vorschlag zugeleitet werden. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Uns beunruhigen auch Pläne zum Aufbau von Elementen eines Raketenabwehrsystems in Europa. Wer braucht eine neue Runde eines in diesem Falle unausweichlichen Wettübens? Ich zweifle zutiefst daran, daß es die Europäer selbst sind.

Über Raketenwaffen, die, um tatsächlich Europa gefährden können, eine Reichweite von 5000 - 8000 Kilometern haben müssen, verfügt keines dieser so genannten "Problemländer". Und in der absehbaren Zukunft werden sie auch keine haben, nicht einmal die Aussicht darauf. Selbst der hypothetische Start einer nordkoreanischen Rakete in Richtung des Territoriums der USA über Westeuropa hinweg, widerspricht allen Gesetzen der Ballistik. Wie man bei uns in Rußland sagt, ist das so, "wie wenn man sich mit der linken Hand am rechten Ohr kratzt".

Weil ich gerade hier in Deutschland bin, kann ich nicht umhin, an den kritischen Zustand des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa zu erinnern.

Der adaptierte Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa wurde 1999 unterzeichnet. Er berücksichtigte die neue



geopolitische Realität - die Liquidierung des Warschauer Paktes. Seither sind sieben Jahre vergangen, und nur vier Staaten haben dieses Dokument ratifiziert, darunter die Russische Föderation.

Die NATO-Länder haben offen erklärt, daß sie den Vertrag, einschließlich der Festlegungen über Begrenzungen bei der Stationierung einer bestimmten Stärke von Streitkräften an den Flanken, so lange nicht ratifizieren werden, bis Rußland seine Basen in Moldawien und Georgien schließt. Aus Georgien ziehen unsere Truppen ab, sogar im Eiltempo. Diese Probleme haben wir mit unseren georgischen Kollegen geklärt, wie allen bekannt sein dürfte. In Moldawien verbleibt eine Gruppierung von anderthalb Tausend Wehrpflichtigen, die friedensfördernde Aufgaben erfüllen und Munitionslager bewachen, die noch aus Zeiten der UdSSR übrig geblieben sind. Wir sind ständig im Gespräch mit Herrn Solana über diese Probleme und er kennt unsere Position. Wir sind bereit, auch weiterhin in dieser Richtung zu arbeiten.

Aber was geschieht zur selben Zeit? In Bulgarien und Rumänien entstehen so genannte leichte amerikanische Vorposten-Basen mit jeweils 5000 Mann. Das bedeutet, daß die NATO ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heranbringt, und wir, die wir uns streng an den Vertrag halten, in keiner Weise auf dieses Vorgehen reagieren.

Ich denke, es ist offensichtlich, daß der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz

selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der NATO, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: "Schon der Fakt, daß wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien." Wo sind diese Garantien?

Die Steine und Betonblocks der Berliner Mauer sind schon längst zu Souvenirs geworden.

Aber man darf nicht vergessen, daß ihr Fall auch möglich wurde dank der historischen Wahl, auch unseres Volkes, des Volkes Rußlands, eine Wahl zugunsten der Demokratie und Freiheit, der Offenheit und echten Partnerschaft mit allen Mitgliedern der großen europäischen Familie.

Jetzt versucht man, uns schon wieder neue Teilungslinien und Mauern aufzudrängen - wenn auch virtuelle, trotzdem trennende, die unseren gesamten Kontinent teilen. Soll es nun etwa wieder viele Jahre und Jahrzehnte dauern und den Wechsel von einigen Politiker-Generationen, um diese neuen Mauern zu "demonstrieren"?

**Ein Ausschnitt aus einem Beitrag von Marina Achenbach aus der Wochenzeitschrift FREITAG vom 16. Februar 2007 über die Sicherheitskonferenz in München mit der Überschrift > An diesem Ort schwören sie sich ein <.**

*> Der Bayerische Hof ist als Konferenz-Ort weiträumig abgesperrt. Die Demonstranten sammeln sich hinter Gittern und einer Kette von 3.500 grünen Polizisten, sie haben sich zuvor schon bei Treffen der Internationalen Friedenskonferenz, einer Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz, mit der NATO-Doktrin, mit deutschen Tornados für Afghanistan, Kriegsplänen gegen Iran und Vorschlägen zur Deeskalation befaßt. Auf dem Platz steht ein LKW mit Lautsprechern, Musik dröhnt, Grauhaarige stehen neben Punks, einer bunten Samba-Gruppe, große Transparente werden aufgerollt "Kein Krieg gegen den Iran", andere halten selbst geschriebene kleine Tafeln: "Deutschland wird am Hindukusch beschädigt". Der Andrang zur Sicherheitskonferenz scheint groß, Horst Teltschik darf entscheiden, wer Zutritt hat, und wer nicht. Er wird in den Medien als ehemaliger Kohl-Berater vorgestellt, während seine Rolle als Stratege aus dem Hintergrund beim Anschluß der DDR an die BRD vergessen scheint. Im Bayerischen Rundfunk läßt er seinem Ärger über den Protest, der vor fünf Jahren noch verboten worden war, freien Lauf: "Es ist die Tragik jeder Demokratie, daß bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und daß man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muß. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren." Das findet der Polizeipräsident "wenig hilfreich", und Münchner Politiker von SPD bis CSU erregen sich. Teltschik ficht es nicht an, er setzt am folgenden Tag nach: Die Demonstranten "stiften Unfrieden", er werde "keinen Kotau machen". <*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir treten eindeutig für die Festigung des Regimes der Nichtweiterverbreitung ein. Die bestehende völkerrechtliche Basis erlaubt es, eine Technologie zur Herstellung von Kernbrennstoff für friedliche Zwecke auszuarbeiten. Und viele Länder wollen auf dieser Grundlage eigene Kernenergie erzeugen als Basis ihrer energetischen Unabhängigkeit. Aber wir verstehen auch, daß diese Technologien schnell für den Erhalt waffenfähigen Materials transformiert werden können.

Das ruft ernsthafte internationale Spannungen hervor. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Situation um das iranische Atomprogramm. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht eine kluge Entscheidung zur Lösung dieses Interessenkonflikts ausarbeitet, wird die Welt auch künftig von solchen destabilisierenden Krisen erschüttert werden, weil es mehr Schwelmländer gibt als den Iran, wie wir alle wissen. Wir werden immer wieder mit der Gefahr der

Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln konfrontiert werden.

Im vergangenen Jahr hat Rußland eine Initiative zur Schaffung multinationaler Zentren zur Urananreicherung vorgelegt. Wir sind dafür offen, solche Zentren nicht nur in Rußland zu schaffen, sondern auch in anderen Ländern, wo eine legitime friedliche Kernenergiepolitik existiert. Staaten, welche die Erzeugung von Atomenergie entwickeln wollen, könnten garantiert Brennstoff über die unmittelbare Beteiligung an der Arbeit dieser Zentren erhalten, unter strenger Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO).

Mit dem russischen Vorschlag im Einklang stehen

auch die jüngsten Initiativen des USA-Präsidenten George W. Bush. Ich meine, daß Rußland und die USA objektiv und in gleichem Maße an einer Verschärfung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln und den Mitteln ihrer Erlangung interessiert sind. Gerade unsere Länder, die mit ihrem Kernwaffen- und Raketenpotenzial an der Spitze stehen, sollten sich auch an die Spitze stellen bei der Ausarbeitung neuer, härterer Maßnahmen bei der Nichtweiterverbreitung. Rußland ist dazu bereit. Wir führen Konsultationen mit unseren amerikanischen Freunden.

Insgesamt sollten wir über die Schaffung eines ganzen Systems politischer Hebel und ökonomischer Anreize reden, unter denen die Staaten interessiert sind, nicht eigene Möglichkeiten für Kernbrennstoff-Zyklen zu schaffen, und trotzdem die Gelegenheit hätten, die

Kernenergie für die Stärkung ihres Energiepotenzials zu nutzen.

In diesem Zusammenhang verweile ich etwas länger bei der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich. Die Frau Bundeskanzlerin hat ebenfalls kurz zu diesem Thema gesprochen. Im Energiebereich orientiert sich Rußland auf die Schaffung von für alle einheitlichen Marktprinzipien und transparenter Bedingungen. Es ist offensichtlich, daß der Preis für Energieträger sich dem Markt anpassen muß und nicht zum Spielball politischer Spekulationen, ökonomischen Drucks oder von Erpressung sein darf.

Wir sind offen für Zusammenarbeit. Ausländische Unternehmen beteiligen sich an unseren größten Projekten zur Energiegewinnung. Nach unterschiedlichen Einschätzungen entfallen bis zu 26 Prozent des in Rußland geförderten Erdöls - merken Sie sich bitte diese Zahl! - auf ausländisches Kapital. Versuchen Sie bitte, mir ein Beispiel von einer ähnlich breiten Be-

teilung russischer Unternehmen an Schlüsselbereichen der Wirtschaft westlicher Staaten zu nennen. Es gibt keine!

Ich erinnere auch an das Verhältnis von Investitionen, die nach Rußland kommen, und jener, die aus Rußland in andere Länder auf der Welt gehen. Dieses Verhältnis ist etwa 15:1. Hier haben Sie ein leuchtendes Beispiel für die Offenheit und Stabilität der russischen Wirtschaft.

Wirtschaftliche Sicherheit, das ist die Sphäre, in der sich alle an einheitliche Prinzipien halten müssen. Wir sind bereit, ehrlich zu konkurrieren.

Dafür hat die russische Wirtschaft immer mehr Möglichkeiten. Das schätzen auch die Analysten und unsere ausländischen Partner ebenso ein. So wurde erst kürzlich das Rating Rußlands in der OECD erhöht: aus der vierten Risikogruppe stieg unser Land in die dritte Gruppe auf. Ich möchte hier und heute in München die Gelegenheit nutzen, unseren deutschen Kollegen für die Zusammenarbeit bei den genannten Entscheidungen danken.

Weiter. Wie Sie wissen, ist der Prozess der Einbindung Rußlands in die WTO in der Endphase. Ich stelle fest, daß wir im Laufe langer, schwieriger Verhandlungen nicht ein Wort über die Freiheit des Wortes, über Handelsfreiheit, Chancengleichheit gehört haben, sondern ausschließlich Worte über den Zugang zu unserem, dem russischen Markt.

Noch zu einem anderen wichtigen Thema, das unmittelbar die globale Sicherheit beeinflusst. Heute reden viele von dem Kampf gegen die Armut. Aber was passiert denn wirklich? Einerseits werden für die Hilfsprogramme zugunsten der ärmsten Länder Finanzmittel zur Verfügung gestellt, und nicht einmal geringe. Aber ganz ehrlich, auch das wissen viele, ist es so, daß sich Unternehmen der Geber-Länder dieses Geld "aneignen". Zur selben Zeit werden andererseits in den entwickelten Ländern die Subventionen in der Landwirtschaft aufrechterhalten, wodurch für andere der Zugang zur Hochtechnologie begrenzt wird.

Nennen wir die Dinge doch beim Namen: Mit der einen Hand wird "wohltätige Hilfe" geleistet, aber mit der anderen wird nicht nur die wirtschaftliche Rückständigkeit konserviert, sondern auch noch Profit geschneidelt. Die entstehenden sozialen Spannungen in solchen depressiven Regionen führen unausweichlich zum Anwachsen des Radikalismus und Extremismus, nähren den Terrorismus und lokale Konflikte. Aber wenn das zudem noch, sagen wir, im Nahen Osten geschieht, unter den Bedingungen eines zugespitzten Verständnisses der äußeren Welt als einer ungerechten, dann entsteht das Risiko einer globalen Destabilisierung.

Es ist klar, daß die führenden Länder der Erde die Gefahr sehen müssen. Und dementsprechend ein demokratischeres, gerechteres System der wirtschaftlichen Bezie-

hungen in der Welt schaffen müssen - ein System, das allen die Chance und die Möglichkeit der Entwicklung geben muß.

Bei einem Auftritt auf der Sicherheitskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übergehen. Sie wurde bekanntermaßen gegründet, um alle - ich unterstreiche alle - Aspekte der Sicherheit zu überprüfen: den militärpolitischen, den ökonomischen, den humanitären - und dabei alle in ihrem Zusammenhang.

Was sehen wir heute in der Praxis? Wir sehen, daß dieses Gleichgewicht klar gestört ist. Es wird versucht, die OSZE in ein vulgäres Instrument der Absicherung außenpolitischer Interessen der einen oder anderen Staatengruppe gegenüber anderen Staaten zu verwandeln. Dieser Aufgabe wurde auch der bürokratische Apparat der OSZE untergeordnet, der überhaupt nicht mit den Teilnehmerländern verbunden ist. Dieser Aufgabe untergeordnet wurden auch die Prozeduren für die Annahme von Entscheidungen und die Ausnutzung so genannter "Nicht-Regierungs-Organisationen". Ja, sie sind formal unabhängig, werden aber zielgerichtet finanziert, das heißt kontrolliert. Entsprechend den allgemein gültigen Dokumenten, ist die OSZE aufgerufen, mit den Mitgliedsländern, auf deren Bitte hin, bei der Überwachung der Einhaltung internationaler Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte zusammenzuarbeiten. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir unterstützen. Aber das bedeutet keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und erst recht nicht, diesen Staaten aufzudrängen, wie sie zu leben und sich zu entwickeln haben.

Es ist klar, daß eine solche Einmischung nicht dem Reifen von wirklich demokratischen Staaten dient. Im Gegenteil, es macht sie abhängig, und im Ergebnis dessen politisch und wirtschaftlich instabil.

Wir erwarten, daß die OSZE sich von ihren unmittelbaren Aufgaben leiten läßt und ihre Beziehungen mit den souveränen Staaten auf der Grundlage der Achtung, des Vertrauens und der Transparenz gestaltet.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Abschluß möchte ich Folgendes bemerken. Wir hören sehr oft, auch ich persönlich, von unseren Partnern, auch den europäischen, den Aufruf an Rußland, eine noch aktivere Rolle in den Angelegenheiten der Welt zu spielen.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir eine kleine Anmerkung. Man muß uns kaum dazu ermuntern oder drängen. Rußland ist ein Land mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte und fast immer hatte es das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik führen zu können.

Wir werden an dieser Tradition auch heute nichts ändern. Dabei sehen wir sehr genau,

wie sich die Welt verändert hat, schätzen realistisch unsere eigenen Möglichkeiten und unser Potenzial ein. Und natürlich möchten wir gerne mit verantwortungsvollen und ebenfalls selbstständigen Partnern zusammenarbeiten am Aufbau einer gerechten und demokratischen Welt, in der Sicherheit und Aufblühen nicht nur für Auserwählte, sondern für alle gewährleistet ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. ○

## Psychiatrie

(D.K.) Es paßt scheinbar zu der Nachricht, die ich in dem vorherigen Kommentar- und Informationsbrief gebracht habe: **Beckstein hat einen Psychiatrie-Erlass zu verantworten.** In kreuz.net = katholische nachrichten = [www.kreuz.net/article.4663.html](http://www.kreuz.net/article.4663.html) stand am 6. Februar folgendes: > Am 1. Februar führten 15 Polizisten die gesunde, 15jährige Melissa aus einem intaktem Elternhaus in die Psychiatrie. < Aus der Presseerklärung vom 02.02.2007 des Netzwerk Bildungsfreiheit e.V, Am Hahnengraben 8, 90592 Schwarzenbruck, Voice-Mail +Fax:(069)13304395024; [www.netzwerk-bildungsfreiheit.de/html/pe\\_erlangen.html](http://www.netzwerk-bildungsfreiheit.de/html/pe_erlangen.html): > Im Sommer 2005 hatte die heute 15jährige Melissa die Versetzung in die achte Klasse des Erlanger Christian-Ernst-Gymnasiums wegen ungenügender Leistungen in Latein und Mathematik nicht geschafft - in der Klasse war es sehr laut, auch durch Stundenausfälle konnte die Schülerin nicht optimal gefördert werden, mit dem Sitzenbleiben wäre sie nach Angaben der Mutter in eine noch problematischere Klasse gekommen. Ein Wiederholungsjahr hätte für die ansonsten gute Schülerin viel verlorene Zeit bedeutet, daher wurde Melissa fortan zu Hause individuell unterrichtet und spezifisch gefördert. Nur am Musikunterricht und im Chor ihrer Schule nahm Melissa auf eigenen Wunsch weiterhin teil. Das Gymnasium und das Schulumt aber spielten nicht mit, Melissa wurde zwangs-abgemeldet und der zuständigen Hauptschule zugeteilt. Infolgedessen unterrichteten die Eltern Busekros ihre Tochter weiterhin zu Hause. Alle anderen schulpflichtigen Kinder der Busekros gehen übrigens zur Schule. Mit Ablauf des Schuljahres 2005/2006 endete die Vollzeitschulpflicht für Melissa. Dennoch wendete sich das Jugendamt der Stadt Erlangen noch im August 2006 an das zuständige Familiengericht, das eine Anhörung der Eltern und ihrer ältesten Tochter veranlaßte. Zu dieser Anhörung war nur der Vater erschienen. Die Tochter befand sich zeitweise im Ausland. Doch die Behörden ließen nicht locker und wollten minutiös wissen, wann sich Melissa wo aufhielt, wobei es auch zu einem unangemeldeten Besuch der Familienrichterin bei den Busekros kam. ... Am Dienstag, den 30. Januar 2007, frühmorgens, wurden Mutter und Kinder - der Vater war schon zur Arbeit - von Vertretern des Jugendamtes Erlangen und Polizeibeamten überrascht, die eine sofortige Herausgabe von Melissa forderten. Im Beschluß des Amtsgerichtes Erlangen



(AZ: 006 F 01004/06) vom 29. Januar 2007 heißt es wörtlich: "Das zuständige Jugendamt wird beauftragt und ermächtigt, das Kind notfalls durch Gewaltanwendung zur Anhörung zuzuführen und sich hierzu der Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane zu bedienen."

Melissa wurde in die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Nürnberg verbracht und dort in Anwesenheit des Sachverständigen Herrn Dr. Schanda einer Anhörung unterzogen. Im Anschluß an diese Anhörung, etwa dreieinhalb Stunden nach ihrer gewaltsamen Verbringung ins Klinikum Nürnberg, wurde Melissa wieder zurück in ihr Elternhaus gefahren. Den erleichterten Eltern und den fünf jüngeren Geschwistern, die zuvor nicht gewußt hatten, ob und wann sie ihre Tochter bzw. Schwester wiedersehen würden, sowie Melissa selbst sollte der nächstgrößere Schock aber noch bevorstehen. Am Nachmittag des 1. Februar rückten die Familienrichterin, Vertreter des Jugendamtes Erlangen sowie fünfzehn Polizisten bei den Busekros an, um Melissa erneut in die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Nürnberg zu verbringen. Der richterliche Beschluß, mit dem diese Maßnahme gestützt wurde, enthält nach Auskunft des Vaters, Hubert Busekros, auch den sofortigen Entzug der elterlichen Sorge. Mit einer etwa einjährigen Entwicklungsverzögerung und dem Bestehen einer Schulphobie wird dieses Vorgehen gegen eine Fünfzehnjährige, das diese noch dazu völlig unerwartet traf, begründet. Wann die Eltern und Geschwister wieder ein Lebenszeichen von Melissa erhalten werden, ist ungewiß, da das offizielle Vorgehen bei Diagnose "Schulphobie" darin besteht, den Kontakt zu den nächsten Bezugspersonen, die als vereinnahmend betrachtet werden, fürs erste völlig zu unterbinden. .... Was wird dieser Ju-

gendlichen, einem sensiblen und musikalisch veranlagten Mädchen, angetan, nur weil die zuständigen Behördenvertreter ein Exempel statuieren mußten? Die Traumatisierung des bislang unauffälligen und beliebten jungen Mädchens wird bewußt in Kauf genommen, um die deutsche Schulbesuchspflicht, in diesem Fall sogar nur noch die Teilzeitschulpflicht, mit allen Mitteln und ohne Hinterfragung durchzusetzen. <

Ich verdanke den Hinweis auf diesen Fall Luci Andrea Baumann, Autorin des Beitrages > Ein halbes Jahr Rohkost - lecker und viel gelernt < in der Ausgabe Juli/August 2006 des Kommentar- und Informationsbriefes.

Luci Andrea Baumann hat auch einen Offenen Brief an Melissa Busekros geschrieben, den ich wiedergebe.

Wenn Sie den Namen Melissa oder Busekros im Internet eingeben, finden Sie eine Vielzahl von Nachrichten. Eine Zusammenstellung von Dokumenten, die Luci Baumann besorgt hat,

kann ich Ihnen als PDF-Datei per Email auf Anforderung zuschicken.

Auch unter *homeschooling* finden Sie Einiges im Internet. Offensichtlich fällt es den Erfindern des Begriffes schwer, ein deutsches Wort dafür zu finden. Zum Thema fand ich einen Beitrag im *Christlichen Medienmagazin pro*, den ich ebenfalls dokumentiere (Seite 7). Aus diesem Beitrag ersehen Sie, daß *homeschooling* in anderen Ländern statthaft ist und auch erfolgreich durchgeführt wird.

Die Geschichte um Melissa Busekros ist janusköpfig. Was für Qualitäten haben in diesem Fall Schule und Lehrer? Welche pädagogischen Maßnahmen sind ergriffen worden, das Lernklima in der Schulklasse von Melissa zu verbessern? Was haben die Behörden gegen den

Liebe Melissa, ich wünsche Dir viel Kraft in Deiner freiheitsberaubten Lage, bedenke, daß es kein Zufall ist, daß es Dich getroffen hat, Du hast eine Aufgabe für diese Welt und wenn Du nicht die Kraft hättest sie zu lösen, wärest Du da nicht hineingeraten. Es geht hier bei weitem nicht nur um Dich allein. Vielleicht hilft es Dir, Dir bei Bäumen Energie, Rat und Liebe zu holen, ich hoffe Ihr habt da wenigstens einen Klinikpark, wenn Du Dich viel dort aufhältst kannst Du auftanken, obenbleiben und Dir darüber klar werden, was Du zu tun hast.

Möglicherweise ist es z.B. jetzt konkret Deine Aufgabe den Psychiatrieleuten zu erklären/zeigen, was abläuft und worum es geht. Tritt ihnen mit Respekt und Ruhe gegenüber, sieh Dich selbst als Botschafterin in einer wichtigen ernsten Angelegenheit (das darfst Du natürlich nicht so raushängen lassen, sonst lassen die Dich da nie raus). Wenn Dich jemand verurteilt, geschieht das nicht aus Bosheit sondern Unbewußtheit. Das System ist so angelegt, daß Funktionäre in solchen Apparaten gar nicht die Möglichkeit haben sollen, mal in Ruhe nachzudenken, was sie eigentlich tun. Weck sie auf, indem Du die Kraft Deines Wesens erstrahlen läßt. Dann wirst Du im richtigen Moment das Richtige sagen oder tun. Dazu kannst Du es Dir nicht leisten, Dich hängen zu lassen. Spreng die Denk-Schablonen, indem Du einfach nicht hineinpaßt (oftmal kapiert diese Leute allerdings sowieso viel mehr als man denkt und man rennt offene Türen ein, wende Dich an solche).

Ich schick Dir meine Liebe, Deine Schwester Luci

PS. Das Leben ist ein Spiel der Seele, Deinem innersten Wesen kann niemand seine Freiheit wegnehmen

Unterrichtsausfall getan? Sind die öffentlich Beschäftigten bzw. Beamten und die politisch Verantwortlichen wegen der Vernachlässigungen ihrer Pflichten zur Rechenschaft gezogen worden? Dieser Fragen wird leider nicht nachgegangen. Offensichtlich setzen Familiengericht, Jugendamt und die Vertreter der Kinder- und Jugendpsychiatrie voraus, daß da alles in Ordnung ist. Die Lebenserfahrungen, die Schülerinnen und Schüler in Deutschland machen, sind aber vielfach ganz anders. Der Öffentliche Dienst in Sachen Kinder/Jugend sitzt auf dem gleichen "hohen Roß", wie er mit den Rechten des erwachsenen Bürgers umgeht. Es wird wirklich Zeit, daß politische Nachbarschaften (direkte Demokratie) in den Gemeinden die Kontrolle über bürokratische Entscheidungen übernehmen. Aber das ist eine Entscheidung vor Ort. Wenn der Bürger bequem ist, wird er sich solche Affären wie die um Melissa gefallen lassen müssen.

In einem Interview, welches Stefan Sedlaczek von <http://de.liberty.li/> mit dem Vater führte, sagt Hubert Busekros auf die Frage > *Das deutsche Grundgesetz gewährt umfassende Elternrechte und das Bürgerliche Gesetzbuch sogar das Aufenthaltsbestimmungsrecht der Eltern für ihre Kinder. Trotzdem herrscht in Deutschland Schulpflicht und Schulzwang. Was ist Ihre Vermutung, warum dies so ist und wie begründet Ihre Familie das Recht, diese Dinge selbst zu entscheiden?* < "Es geht um Macht, bei Kindern geht es zudem um die Zukunft, die man mitgestalten will. Daher besteht man auf staatlicher Vorherrschaft, in einem freien Land wie es durch das GG garantiert ist, darf so etwas nicht sein. So wie das auch Prof. Dr. Fritz Ossenbühl ausgearbeitet hat ([www.homeschooling.de/elternrecht.htm](http://www.homeschooling.de/elternrecht.htm)). Den Behörden ging auch bei uns immer

nur um die Verfügungsgewalt über die Kinder und so sieht das bisherige Ergebnis jetzt auch aus." <

Ich werde den Eindruck nicht los, daß der Vater und die Leute, die möglicherweise hinter ihm stehen, die Auseinandersetzungen um *homeschooling* auf den Rücken (auf Kosten) von Melissa führen. Das wäre nicht nur schlecht für Melissa, sondern auch schlecht für die Sache der Freiheit.

Melissa ist "zwischen die Stühle geraten". Die Jugendämter, in den letzten Monaten durch tote Kleinkinder, für die sie verantwortlich waren, mit Recht in Verruf gerieten, wollen nun durch forsches Auftreten Boden (Macht) zurückgewinnen. Gerichte und Psychiatrie eignen sich sehr als Mittäter (Verbündete). Das ist eine Machtdemonstration auf Kosten von Melissa.

Es ist gefährlich, wenn Erwachsene mit Hilfe ihrer Kinder

Interessen durchsetzen wollen, die zwar "bei Lichte" betrachtet Interessen der Kinder sind, aber, immer noch im gesellschaftlichen Konsens, zum Bestimmungsfeld der Erwachsenen gehören. Das Recht auf *freie Schulwahl*, zu dem auch *homeschooling* gehört, muß unter den Erwachsenen ausgetragen werden.

Sozusagen in letzter Minute lieb mir ein Freund ein Video mit dem Titel: *Der Schüler Tilmann - Rekonstruktion einer Verweigerung*. Auch hier geht es um eine Schulverweigerung eines etwa zwölfjährigen Knaben, der aber, nachdem er seine Leistung im *homeschooling* erbracht hatte, fröhlich das Gymnasium besuchte. Das Video zeigt sehr selbstbewußte Eltern in ihrem Umfeld, die mit ihrem Kind die einzelnen Schritte der Verweigerung besprachen.

Ich fand im Verzeichnis des Deutschen Buchhandels das Buch *Tilmann geht nicht zur Schule - Eine erfolgreiche Schulverweigerung - Vollständige Dokumentation* von Johannes Heim-

rath, welches 1991 erschienen ist. Ich habe aus Zeitgründen nicht erkunden können, ob das Buch noch erhältlich ist. Ich biete es trotzallem in der beiliegenden Buchliste an.

Die Schulverweigerung von Tilmann ist schon 16 Jahre alt oder länger. Nach meinen Beobachtungen hat die Repression gegenüber dem Bürger zugenommen. Melissa ist ein Beispiel dafür.

Nachstehend dokumentiere ich den Text, der erklärend im Verzeichnis des Deutschen Buchhandels zu lesen ist: > *Der erste - und bislang einzige - Freispruch wegen Schulverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland! Nach zwei Jahren Kampf mit den Behörden fällt ein bayerischer Amtsrichter das sensationelle Urteil.*

*Die Grundschule machte Tilmann krank. Die Eltern respektierten seinen Wunsch, fortan zuhause lernen zu wollen. Im Rahmen eines umfangreichen sozialen Projekts, das sie gemeinsam mit anderen Engagierten gegründet hatten, entstand für Tilmann und andere Kinder die Temenos Lerngruppe. Der Staat betrieb jedoch den Entzug des Sorgerechts wegen "Verletzung des Kindeswohls" und wollte Tilmann in ein Heim sperren. Das Buch, das bereits viele Eltern in ähnlicher Situation angeregt hat, enthält den vollständigen Briefwechsel mit den Behörden und sämtliche Gerichtsakten. Der innere Prozeß der Familie während der Eskalation der Ereignisse ist nachvollziehbar und spannend dokumentiert.* <

**"Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Feuer, die entfacht werden wollen" (Rabelais)** Dieses Zitat fand ich auf dem Video-Umpack. ○

## Leserbrief

Lieber Dieter Kersten,

mit Ihrem Januar 07-Heft der Neuen Politik haben Sie auch ein Flugblatt der "Aktion 18. März" versendet und in Ihrem "Editorial" vermerkt: "Der Bürgeraufstand am 18. März 1848 war die einzige (bürgerliche) Revolution in Deutschland".

Dazu möchte ich folgendes bemerken:

Ich freue mich über diese Initiative, denn es gibt ja tatsächlich keinen Gedenktag bei uns, der irgendwie an die fundamentalen Demokratiekämpfe des 19. Jahrhunderts bei uns erinnert.

Andererseits widerspreche ich Ihrer oben zitierten Äußerung. Einerseits ist ein Aufstand natürlich noch längst keine Revolution. In dem Beispiel hätte der Aufstand nur die Revolution eingeläutet.

Aber wesentlich wichtiger als dies: Der gesamte Monat März des Jahres 1848 war die herausragende Revolutionszeit der deutschen Geschichte mit zahlreichen Höhepunkten, von denen der 18. März mit den Kämpfen in Berlin nur einer war - vielleicht der Größte hinsichtlich Anzahl der Toten des Tages - aber das finde ich müßig zu vergleichen. Insbesondere nahm diese Revolution ihren Anfang im Südwesten, nämlich im Badischen und eskalierte

## Wie Fernschulunterricht Schulverweigerern hilft

Freiburg (PRO) - Homeschooling ist und bleibt in Deutschland ein umstrittenes Thema. In der Vergangenheit sorgten immer wieder Fälle für Schlagzeilen, in denen Eltern ihre Kinder aus religiösen Gründen zu Hause unterrichten wollten. Befürworter von homeschooling wurden daher oft in die Ecke religiöser Fanatiker gerückt. Doch das Lernen zu Hause hat durchaus seine Vorteile. Die Wochenzeitung "Die Zeit" berichtet in ihrer aktuellen Ausgabe über ein alternatives Schulmodell, das Kindern, die die Schule verweigern, dabei hilft, einen Abschluß zu schaffen.

Zielgruppe der so genannten "Flex-Fernschule" sind Kinder, die gelegentlich, regelmäßig oder dauerhaft die Schule schwänzen. Denn ohne Schulabschluß gibt es keine Ausbildung und kaum Zukunftsperspektiven.

Oft folgen bei den Betroffenen Depressionen, Ängste und psychosomatische Störungen und der Gang zum Psychologen oder Jugendamt. Die "Flex-Fernschule" in Oberrimsingen bei Freiburg hilft diesen Kindern und Jugendlichen bei ihren Schulproblemen, indem sie zu Hause unterrichtet werden.

### Das Konzept

Der Fernunterricht findet allerdings außerhalb des Schulsystems statt, das heißt, die Jugendlichen erfüllen damit nicht die Schulpflicht. Um an dem Fernunterricht teilnehmen zu können, muß die Schulverwaltung bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen dem Lernen mit "Flex" zustimmen. Dann bekommen die Schüler Anfang jeder Woche mit der Post Lernmaterial ins Haus geliefert. Lernbriefe, Arbeitshefte und Lehrbücher. Die Aufgaben sollen bis zum Wochenende erledigt und an die Schule zurückgeschickt werden. Dort werden die Materialien korrigiert und den Schülern zurückgesandt.

Dabei wird die Lernhilfe von "Flex" normalerweise als "Hilfe zur Erziehung" in Verbindung mit "Jugendsozialarbeit" durch die örtlich zuständigen Jugendämter gewährt. Allerdings muß ein "entsprechender Hilfebedarf im Sinne persönlicher oder sozialer Problemlagen vorliegen", heißt es auf deren Internetseite. Schulprobleme alleine genügen nicht. Zahlreiche Ämter gewährten die Lernhilfe nur in Verbindung mit weiteren Hilfen zur Erziehung.

### Lernen zu Hause berücksichtigt die Lebenswelt der Schüler

Derzeit lernen etwa 150 junge Menschen aus ganz Deutschland mit der "Flex-Fernschule", die meisten sind im Alter zwischen 15 und 17 Jahren. Daß das Lernen zu Hause durchaus Erfolg hat, zeigen die Zahlen: "Von allen 350 Schülern, die bei uns in den vergangenen acht Jahren gelernt haben, sind genau vier durchgefallen", sagte der Leiter der Schule, Thomas Heckner. Die meisten Schüler brauchen etwa 17 Monate bis zum Abschluß, manch einer auch drei Jahre. Die Lehrer der "Flex-Fernschule" passen sich eben den Lebenswelten ihrer Schüler an. "Würden wir das nicht tun, könnten wir dicht machen", erklärt Heckner. Seiner Meinung nach "machen Schulen oft den Fehler, daß sie vieles mißachten, was die Jugendlichen aus ihrer Welt hereinbringen. Deshalb hat die Schule oft kaum noch etwas mit dem Leben ihrer Schüler zu tun und wird ihnen völlig fremd".

Heckner kann sich freuen: Manche seiner Schüler, die frech, aggressiv und provozierend zum Einstufungstest kamen, meistern nach ein bis zwei Jahren plötzlich Aufgaben, die ihnen vorher keiner zugetraut hätte. Einige der ehemaligen Schulverweigerer möchten ihrem Abschluß bei der "Flex-Fernschule" sogar noch eines drauf setzen und nach dem Hauptschulabschluß die Realschule nachholen oder gar das Abendgymnasium besuchen.

### Homeschooling in den USA erfolgreich

In den USA und in einigen europäischen Staaten wie Österreich, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Ungarn, Belgien, Irland, Italien oder Dänemark ist Homeschooling erlaubt. Mit dieser Form des Lernens wurden dort gute Erfolge erzielt. In den USA beispielsweise werden seit über 25 Jahren Kinder von ihren Eltern unterrichtet. Die Lehrmaterialien beziehen sie von Fernschulen. In Österreich und benachbarten Ländern werden Familien oftmals sogar vom Staat unterstützt, etwa indem sie Zugang zu Schulprojekten oder Lehrbibliotheken erhalten.

vor allem zunächst in Bayern / München. Ein ganz wesentlicher Höhepunkt war dann erst der 13. März mit dem Sturm in Wien und dem Rücktritt von Metternich.

Aber als definitiven Höhepunkt und tatsächlichen Erfolg der deutschlandweiten Bewegung waren doch wirklich die ersten freien Wahlen und die Konstitution des ersten freien, wir demokratischen (ja fast direkt-demokratischen) Parlaments am 18. Mai 1848 in Frankfurt/Main.

Übrigens gab es schon in den Jahren zuvor meh-

rere revolutionäre Bestrebungen in Deutschland, in deren Gefolge meiner Kenntnis nach viel mehr Menschen ihr Leben aufs Spiel setzten, verfolgt wurden und (oft sehr schnell) hingerichtet wurden (z. B. Hambacher Fest oder Frankfurter Wachensturm).

Also nun mein Vorschlag: Ich denke es wäre der Demokratie und dem Einsatz aller Mutigen im Volk besser gedacht, wenn man den 18. Mai zum Feiertag macht und damit die Frucht der Verfassungsgebung von unten als Errun-



genschaft aller Deutschen in einer Periode des harten Kampfes feierte.

Herzliche Grüße nach Berlin,  
Matthias Klarebach, 9. Februar 2007

**(D.K.) Ich hatte im Einverständnis mit Matthias Klarebach dem Sprecher der Aktion 18. März, Volker Schröder, den Leserbrief weitergegeben. Volker Schröder hat eine Antwort geschickt. Vielleicht gibt es eine fruchtbare Diskussion.**

Sehr geehrter Herr Klarebach,

Dieter Kersten gab mir Ihren Leserbrief zur Beantwortung. Gleich vorweg ein märzliches DANKE für Ihre Unterschrift, mit der Sie sich für den 18. März als Gedenk- und Feiertag einsetzen. Sie schreiben aber, daß Sie den 18. Mai für den geeigneteren Tag halten. Ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst?

Für den 18. Mai spricht m.E. nur, daß im Mai das Wetter meist wärmer ist als im März. Ansonsten ist der März ganz anders im Geschichtsbewußtsein verankert als der Mai. Wir sprechen vom "Vormärz" und nicht vom "Vormai". Im Lied *Trotz alledem* heißt es "Das war 'ne heiße Märzenzeit". Sie schreiben ja selbst "Der gesamte Monat März des Jahres 1848 war die herausragende Revolutionszeit der deutschen Geschichte..." In Ungarn ist der 15. März Nationalfeiertag. Die bürgerliche Revolution in Deutschland wird als eine gescheiterte Revolution angesehen, wenn auch inzwischen allgemein anerkannt wird, daß viele demokratische Errungenschaften ihre Wurzeln im Geist von 1848 haben. Das Scheitern war insbesondere in Baden schlimm. Dort hat die Revolution ein traurig-grausames Ende gefunden. Das Paulskirchenparlament weckte zwar große Hoffnungen, aber letztendlich scheiterte es. Nicht traurig-grausam, sondern eher verspottet. - Will man es positiv sehen, so läßt sich sagen: kein 18. Mai ohne den 18. März. Der 18. März war ein Sieg der Straßenkämpfer. Der König mußte sein Haupt vor den Toten, die in blumengeschmückten Särgen zum Schloss getragen wurden, entblößen.

Auch aus taktischen Gründen wäre es falsch, plötzlich den 18. Mai als Gedenk- und Feiertag vorzuschlagen. Seit 1979 gibt es die Aktion 18. März. Damals als "Aktion 18. März - Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten". Wir haben erreicht, daß in Berlin der Platz vor dem Brandenburger Tor seit 1998 **Platz des 18. März** heißt und daß am 18. März in Berlin geflaggt wird. Neben vielen anderen (wozu ja auch Sie gehören) haben vier VizepräsidentInnen des Deutschen Bundestages unseren Aufruf unterschrieben. Bundestagspräsident Lammert begrüßt unsere Initiative. Zwar ist der 18. März (noch) nicht im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit verankert, aber den 18. Mai kennen garantiert noch weniger Menschen.

Mit "Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht" und "Für demokratische Tradition und revolutionären Geist"

Volker Schröder, Sprecher der Aktion 18. März  
Berlin, 27. Februar 2007

## Buchvorstellungen

(D.K.) In der Januar-Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes hatte ich das Buch von **Enrique Heymann** aus Buenos Aires/Argentinien besprochen. Das Buch heißt *Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen*. Sie finden die Buchbesprechung im Internet unter [www.neuepolitik.com](http://www.neuepolitik.com).

Inzwischen liegt mir die 2. Auflage vor. Die meisten Rechtschreibfehler sind verbessert. Leider fehlten vielfach die Daten der Leserbriefe, so daß nach wie vor eine Zuordnung zu einem Ereignis sehr schwer möglich ist.

Ich habe das Buch noch einmal in meine Bestellliste aufgenommen und hoffe auf zahlreiche Bestellungen.

Inzwischen ist am 3. März in der Wochenzeitschrift ARGENTINISCHES TAGEBLATT ein Bericht über eine Lesung des Autos in den Räumen des Verlags Dünken in Buenos Aires erschienen. Der Bericht trägt die Überschriften: **Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen Enrique Heymann stellte am Donnerstag sein erstes Buch vor.**

Buenos Aires (AT/SF) - Wer hat nicht schon über sie geschmunzelt? "Die satirischen, witzigen und manchmal bissigen Leserbriefe von Enrique Heymann sind den Lesern des Argentinischen Tageblatts wohlbekannt. Nun hat der hellwache 100-jährige ein Buch mit einer Auswahl dieser Perlen aus den letzten 10 Jahren veröffentlicht. Am Donnerstag stellte der Autor seinen im Verlag Dünken publizierten Band "Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen" einem zahlreich erschienenen Publikum vor.

Neben dem Tageblatt informiert sich Heymann noch über verschiedene andere Medien über die aktuellen Themen des Zeitgeschehens und findet so jede Menge Stoff für seinen kritischen Geist und seinen unverwüstlichen Sinn für Humor. Seien es die unsäglichen Zugewinne rechtsextremer Parteien in Deutschland oder die aktuelle argentinische Politik, Heymann hat zu allem eine starke Meinung, deren ethische Dimension durch die Ironie nie entkräftet wird. Und die ist einfach ein Teil von ihm: Der Schalk sitzt ihm im Nacken, blitzt aus seinen Augen und kommt in jedem Wort, das er sagt, und jeder Anekdote, die er erzählt, zum Ausdruck.

"Ich hoffe, daß Ihr an meinem Buch Spaß haben werdet, denn ich hatte jede Menge Spaß daran, es zu schreiben!", sagt Heymann, und kündigte an: "Es wird nicht mein letztes sein!" Das Buch "Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen" (Editorial Dünken) kostet 30 Pesos - der Preis, wie Heymann augenzwinkernd bemerkt, sei von der Regierung festgelegt worden, ebenso wie der des Salats.

**Vorwort aus der Broschüre Ein Neues Ordnungsbild, geschrieben und erschienen 1960. Sie finden die Broschüre in der beiliegenden Bücherliste.**

Das politische Handeln Artur Mahrauns in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, in denen der Führer des Jungdeutschen Ordens vielfach mißverstanden und angefeindet worden ist, bedarf im Rückblick kaum einer Rechtfertigung mehr; unzweifelhaft kann es vor dem Urteil der Geschichte bestehen. Aber es gehört eben auch, als abgeschlossen und nicht fortführbar, der Geschichte an. Was in die Zukunft weist und damit als Vermächtnis und Auftrag verbleibt, ist das Bild einer neuen Volks- und Staatsordnung, um das Mahrauns Denken ein volles Vierteljahrhundert gekreist und dem er seine wesentlichsten Schriften gewidmet hat. Gemeinschaft, Nachbarschaft und Volksstaat sind hier die tragenden Begriffe.

Allein um dieses Bildes willen ist die Artur-Mahraun-Gesellschaft ins Leben getreten. Indessen sieht sie in ihm, wie sein Urheber, kein starres Dogma. Von der Notwendigkeit gedanklicher Weiterarbeit durchaus überzeugt, wünscht sie Mahrauns Vorstellungen und Zielsetzungen in die allgemeine Aussprache einzuführen und die Verwirklichung anzubahnen. In der Grundrichtung ihres Strebens, das einer festfundierten freiheitlich-demokratischen Ordnung gilt, mit vielen Gleichgesinnten übereinstimmend, erstrebt die Gesellschaft fruchtbare Verbindungen, nicht zuletzt mit der Wissenschaft. Bei den folgenden Beiträgen handelt es sich, auch in ihrer Gesamtheit, nicht um eine erschöpfende Darstellung. Sie bezeugen aber wohl ein ernstes Bemühen und mit ihm diejenige Offenheit in die Zukunft hinein, die die Gesellschaft ihren Gesprächspartnern wie ihrer eigenen Sache schuldig ist



**Das Taschenbuch Reise zum Lebensziel von Brigitte Hamann biete ich in der beiliegenden Bestellliste an.**

Brigitte Hamann unterscheidet anhand von sechs Begriffspaaren sechs zentrale Lebensmuster. Daraus gewinnt sie eine umfassende Typologie, mit der jeder Leser tiefe Einblicke in die Muster, Herausforderungen und Chancen seines Lebens gewinnen kann. Anhand von Fragebögen kann jeder seinen Typ bestimmen und präzise herausfinden, welche Erfahrungen und Motive sein Leben gestalten und wie er seine Talente sinnvoll einsetzen kann. Aus dieser Erkenntnis kann der Leser sein persönliches Problemlösungsmuster entwickeln und seiner wahren Bestimmung näher kommen.

**SIE WOLLEN ES, WIR HABEN ES!  
INSPIRIERENDE LEKTÜRE**

...zu bestellen unter: 030-822 52 11

